



- Thema: **PESCO** Weitere Infos auf unserer Website: www.ssr-ol.de/simep
- Zeitraum: **22.02.2019, 19 Uhr - 24.02.2019**
- Ort: **Alter Landtag Oldenburg**
- Teilnehmer*innen: Schüler*innen ab Jahrgang 8, Auszubildende, Studierende und Freiwilligendienstleistende
- Teilnahmegebühr: **5 Euro**; Zahlung am Samstag, 23. Februar in bar
(Verpflegung während der Veranstaltung, Grillen und Party)
- Verpflegung: Essenswünsche bitte bis zum **06.02.2019** anmelden
- Unterkunft: selbstorganisiert oder bei Teilnehmer*innen aus Oldenburg
- Anmeldung: über beigefügtes Formular / Bedingungen: www.ssr-ol.de/simep

Bei der I. Simulation des Europäischen Parlaments in Niedersachsen schlüpfen die Teilnehmer*innen in die Rolle von **Parlamentsabgeordneten**, die in den verschiedenen Ausschüssen und Fraktionen über ein Thema der europäischen Politik diskutieren, oder versuchen als **Lobbyist*innen**, die Abgeordneten zu beeinflussen. Die Teilnehmer*innen lernen hierbei das Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union kennen und außerdem wird ihr Selbstbewusstsein beim freien Sprechen gestärkt.

Dieses Jahr ist unser Thema die **Permanent Structured Cooperation (PESCO)**. Darunter versteht man die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten der **Europäischen Union**, welche sich in der **Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik** besonders engagieren wollen. PESCO wurde im November 2017 von einem Großteil der Außen- und Verteidigungsminister der EU-Staaten unterzeichnet. Am 11. Dezember 2017 erfolgte die Gründung im Rat der Europäischen Union.

„Zu Beginn des kommenden Jahrzehnts sollte Europa dann über eine gemeinsame Einsatztruppe, einen gemeinsamen Verteidigungshaushalt und eine gemeinsame Handlungsdoktrin verfügen.“ – Französischer Präsident Emmanuel Macron

Ihr beschäftigt euch also mit der Frage einer gemeinsamen europäischen Armee, soll Europa auf- oder abrüsten und wer ist in Zeiten von Trump, Putin und Erdogan eigentlich Freund und wer Feind.



Anmeldeformular

Hiermit erkläre ich, dass ich die Teilnahmebedingungen akzeptiere und melde ich mich zur Teilnahme an der SimEP an.

Persönliche Daten

*Teilnehmer*in*

Name, Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

volljährig bei der Anmeldung volljährig am 22.02.2019

Schule: _____

E-Mail: _____

Telefonnummer: _____

*Erziehungsberechtigte*r*

Name, Vorname: _____

Telefonnummer: _____

Verpflegung

Allergien: nein ja, _____

Ernährungswünsche:

(z. B. vegetarisch) nein ja, _____



Teilnahme

- Parlamentarier*in Interessenvertreter*in Medien-Team

*Nur ausfüllen, falls die Teilnahme als Parlamentarier*in erfolgt:*

Wunschfraktion (siehe Glossar)

Wunschausschuss

- | | | |
|------------------------------|------------------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> EVP | <input type="checkbox"/> ALDE | <input type="checkbox"/> Auswärtige Angelegenheiten |
| <input type="checkbox"/> S&D | <input type="checkbox"/> Grüne/EFA | <input type="checkbox"/> Verteidigung und Sicherheit |
| <input type="checkbox"/> EKR | <input type="checkbox"/> GUE/NGL | <input type="checkbox"/> Terrorismus |

*Nur ausfüllen, falls die Teilnahme als Interessenvertreter*in erfolgt:*

- Rüstungsindustrie Friedensbewegung Militär

Ort, Datum

Unterschrift Teilnehmer*in & ggf. Erziehungsberechtigte*r

Das ausgefüllte Anmeldeformular muss beim Organisationsteam der SimEP eingereicht werden.

Patrick Marquardt
Vielstedter Straße 34b
27798 Hude

Nur eine schriftliche Teilnahmebestätigung vom Organisationsteam berechtigt zur Teilnahme!



Glossar

EVP - Europäische Volkspartei

Die EVP setzt sich aus den christdemokratischen und konservativen Parteien Europas zusammen, darunter aus Deutschland die CDU/CSU. Der amtierende EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker (Luxemburg) gehört der EVP an. Die EVP ist mit 219 Abgeordneten die größte Fraktion im EU-Parlament. Sie setzt sich für ein wirtschaftlich wettbewerbsfähiges, demokratisches und bürgernahes Europa ein.

S&D - Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Die S&D ist die Fraktion der europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten im Europäischen Parlament, darunter auch die SPD. Als zweitstärkste Fraktion steht Sie für eine Europäische Union als Wertegemeinschaft die auf den Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit beruht.

EKR - Europäische Konservative und Reformisten

Die EKR möchte den Einfluss der EU auf die nationale Gesetzgebung reduzieren. Sie sieht in der EU eine Bevormundung der Mitgliedstaaten und steht für eine Kontrolle der EU-Bürokratie und weniger Reglementierungen aus Brüssel. Mitglied der Fraktion der EKR sind auch die Abgeordneten der Liberal-Konservativen Reformer und Arne Gericke von den Freien Wählern aus Deutschland.

ALDE - Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa

Liberale Parteien wie die FDP aus Deutschland finden ihre politische Heimat im europäischen Parlament in der ALDE. Sie steht für den Abbau von Bürokratie in Europa und eine EU mit souveränen Nationalstaaten. Wirtschaftspolitisch setzt sie auf den freien Markt, der ohne staatliche Eingriffe am besten funktioniert und so am besten Wachstum und Wohlstand schaffen kann.

Grüne/EFA - Die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament

Grüne und ökologische Parteien, darunter auch Bündnis 90 / Die Grünen aus Deutschland sind bei der EFA/Grüne im europäischen Parlament versammelt. Sie streben ein Europa der Nachhaltigkeit an, welches natürliche Ressourcen schont, soziale Werte vorantreibt und solidarisch Flüchtlinge aus Drittstaaten (Nicht-EU-Staaten) in die EU aufnimmt. Neben den grünen Parteien sind auch viel Regionalparteien der Europäischen Freien Allianz (EFA) in der Fraktion organisiert.

GUE-NGL - Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

Die sozialistischen und linken Parteien der GUE/NGL u.a auch die deutsche Partei Die Linke, streben nach sozialer Gerechtigkeit und einer starken Regulierung der Marktwirtschaft. Im Sinne der Rechte von Arbeitnehmern und sozial schwächeren Menschen möchte sie u.a. die Macht der Konzerne abschwächen. Sie steht für ein soziales Europa, dass seine Bürger vor den Gefahren des Kapitalismus schützt.